

Der Tag

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint jeden Freitag; Gesamtwort mit der Ministerien-Verträge, 'Sozial und Welt', 'Lernzeitung' einwöchentlich, 'Kriegsblätter' 18 bis 20, 'Rückporto' beifügen. Das Volksblatt ist das 'Veröffentlichungs-Organ der gesamtdeutschen und gesamtdeutschen Organisationen und amtliches Organ der Reichsregierung'. - Schriftleitung: Frau 4244, Halle, Postfach, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4867. - Verlags-Veranstaltung: mittw. von 12 bis 1 Uhr.

Abzugsbedingungen: Der Abzugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr; für Abholer 1,90 Mark. Abzugspreis monatlich 2,- Mark, ab Postamt od. a. Postboten nachgeleitet 2,40 Mark; bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 Mark. Abzugspreis: 12 Pf. im Voraus; und 60 Pf. im Nachhinein. - Druckerei: 'Der Tag', Halle, Postfach 27. - Postfachkonto 2319 Ernst

Wahl zur Konferenz!

Die Deutschnationalen „einmütig“ für den neuesten Verrat.

Die Vorbereitung des Umfalls

Das Mandat der Rache.

Berlin, 23. September. (Radiomelbung.)
Amlich wird gemeldet: Im Laufe des Dienstag fand eine Reihe von Beratungen zur Vorbereitung des heutigen Ministerkongresses statt. Der unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindende Kabinettsrat ist für Donnerstag in Aussicht genommen. Zu Freitag sind die Ministerpräsidenten und die Minister in einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Der Auswärtige Ausschuss wird am Abend um 10 Uhr zusammentreten.
In der Reichstagskammer am Dienstagabend eingehende Besprechungen zwischen den politischen Mitgliedern des Kabinetts und den Führern der Deutschnationalen in Aussicht genommen. Ein endgültiges Ergebnis wurde dabei jedoch nicht erzielt.
Ueber die Sitzung, die der deutschnationale Parteivorstand mit seinen Landesverbandsvorständen am Dienstag ins Haus über die Stellung der Partei zum Sicherheitsrat, geht sich nach einem Bericht des Fraktionsvorsitzenden Grafen Helldorf „billige Uebereinstimmung über das politische Ziel“ ergeben habe. Zum Schluß wurde - mit vielen Stimmen - beschlossen, gegen die Einmütigkeit - folgende Entschließung angenommen:
„Der Reichstagsrat und Landesverbandsvorstände der Deutschnationalen Parteipartei billigen die Ausführungen, die die Vorstände der Partei und der Reichstagsrat, sowie der Reichstagsrat des Innern Schiele über die programmatische Zielsetzung der Partei gegenüber der gegenwärtigen Lage gemacht haben und geben ihre Zustimmung zu der hieraus zu führenden Politik der Reichstagsrat.“

Konferenzbeginn am 5. Oktober?

Paris, 23. September. (Radiomelbung.)
Die Ministerkonferenz in der Postkongress soll, wie der 'Matin' zu wissen glaubt, in den letzten Tagen Gegenstand zahlreicher Besprechungen gewesen sein. Die auswärtigen Leiter der beteiligten Länder seien mit den Vorbereitungen stark beschäftigt. Das Datum scheint auf den 5. Oktober festgelegt zu sein. Was die Frage des Tages angeht, so habe man sich für Locarno in der italienischen Schweiz entschieden. Jedoch werde eine endgültige Regelung dieser Frage erst nach dem Eingang der deutschen Antwort möglich sein. - Zur Konferenz werden Vertreter aus sieben Ländern entsandt, und zwar die Vertreter von Deutschland, Frankreich, England und Belgien zur Vertretung des Westens, von Polen und der Tschechoslowakei zur Vertretung der Ostländer und endlich ein Vertreter Italiens, der, wie man hofft, Mussolini selbst sein werde und der künftlichen Verhandlungen beizuwohnen würde.

Verfailltes Nr. 3.

Halle (Saale), 23. September.

Die 'Tägliche Rundschau', das Organ Stresemanns, vertritt in ihrer heutigen Morgenausgabe, daß die Deutschnationalen sich auf den Boden der Teilnahme an der internationalen Ministerkonferenz, für die neuerdings nicht Lugern, sondern Locarno vorgezogen ist, stellen werden.
Daran haben wir nicht gezweifelt. Die Deutschnationalen werden immer einen Boden finden, von dem aus sie ihre Ziele verfolgen unternehmen können, sich an der Frontierspolitik zu halten. Nun heißt es aber wieder, 'Wohin man plantieren'. Denn die Frontierspolitik ist hart und mächtig und der Frontierspolitik aus dem eigenen Fleiß nicht viel, die den neuen deutschnationalen Boden' gestempelt wollen. Zugrunde dem Programm aus dem Reich und aus den Reihen der sogenannten 'Vaterländischen' sollen täglich in das Haus des Reichers und in die Hufe des deutschnationalen Parteivorstandes hageln. Aus allen Ecken und allen Richtungen ist eserrat, Verträge, Verträge, verfallen, zerfallen, entnationalisiert, isoliert, Tod und Verderben. Unter diesen Umständen sind getrennt die Vorstände der Deutschnationalen Parteipartei in Berlin zusammengetreten und haben einen einmütigen Beschluß gefaßt, d. h. also auf Deutsch, sie haben einmütig beschlossen, den fälligen Umfall in der Sicherheitsratfrage zu vollziehen.
Der Öffentlichkeit aber allerdings wird kein Wort der Entschiedenheit mitgeteilt. Die Deutschnationalen aber sind ermüdet, dem deutschen Volke klarzumachen, daß auch dieser Umfall, wie derjenige vom 29. August 1924, nur ein 50prozentiger ist. Das geschieht folgendermaßen: Man unterschreibt der Öffentlichkeit die Meinung, daß die bevorstehende Konferenz nur vorbereitende Charakter habe, für die deutsche Außenpolitik völlig unverbindlich sei und in nationaler Beziehung die Teilnahme nicht die geringste Bedeutung darstelle, da ohnehin ja doch später Reichstag und Reichspräsident das entscheidende Wort zu sprechen hätten.

Das Bombardement der „Vaterländischen“

Das Präsidium der sogenannten 'Vereinigten Vaterländischen Verbände' hat am Dienstag wieder einmal eine Entschließung veröffentlicht, die als ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu betrachten ist. In ihr heißt es u. a. in Bezug auf die Verhandlung über den Sicherheitsrat:
„Wir wollen nicht Vertreter werden an unfernen erlösten Brüdern, und nicht Vertreter an uns selber. Wir wollen nicht ein freiwilliges Verfailltes.“
Wehnliche Entschließungen soll es tagtäglich zu Hunderten und aus dem Munde des Reichspräsidenten regnen. Wir sind trotzdem überzeugt, daß unter seinem Vorzeichen der aberschütternde Beschluß zur Beteiligung an der Ministerkonferenz gefaßt wird. Wer aber ist dann der 'Vertreter'?

Der schwere Verlust für die Politik.

Infolge eines Diktatfehlers wollten wir gestern Herrn Duesterberg zu den Arbeitern (Quintin) schicken. Das könnte ihm passen, wenn es richtig hieße: 'Duesterberg vor Raumburg'. In Wirklichkeit aber wollten wir ihm ein 'Lapidum' mitbringen, um man kein Gedächtnis nicht zu verlieren. Das wäre der Wert möglicherweise, daß einer zukunftsreichen politischen Laufbahn. Denn die Deutschnationalen werden mit Mitteln Hindenburgs noch Lugern gehen.

10 Jahre Sucht nach für die Politik.

Leipzig, 23. September. (Ein. Dabbericht.)
Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat am Dienstag vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Hauptverhandlung gegen den früheren Unteroffizier Max Förner aus München i. B. wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage statt. Förner war Interoffizier in einem Reichsheer-Regiment in München und bei der Zeit von 1922 bis 1924 dem französischen Geheimdienst in Holland militäre Schriften und Akten, die im Interesse der Landesverteidigung geheimgehalten wurden, übermittelte. Mit noch vier anderen Reichsheerangehörigen fuhr er wiederholt nach Düsseldorf und handelte dort den französischen Geheimdienst gegen gute Bezahlung militäre Nachrichten über das Reichsgebiet aus. Bei seiner Verhaftung fand die Polizei größere Summen Geld. Das Gericht verurteilte Förner wegen fortgesetzter Spionage und Verrats militärischer Geheimnisse zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Die bei ihm vorgefundenen 2000 Mk. wurden beschlagnahmt.

Berlin eröffnet den Wahlkampf.

Berlin, 23. September. (Radiomelbung.)
Die Berliner Sozialdemokratie hat am Dienstag mit einem außerordentlichen Parteiparteitag in den die Kandidaten aufzustellen vorgenommen wurde, den Wahlkampf für die am 2. Oktober stattfindende Wahl der Berliner Stadtverordnetenversammlung eröffnet. Der Wahl kommt um so größere Bedeutung bei, als nicht nur das Parlament für Groß-Berlin, sondern auch die Bezirksparlamente der einzelnen 10 städtischen Bezirke Groß-Berlins neu gewählt werden müssen. Die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten entsenden beiderseits über 1000 Kandidaten.

Die Situation scheint die 'Deutsche Zeitung' richtig erkannt zu haben, wenn sie als Organ des rechten Flügels der Deutschnationalen schreibt: 'Die in der Entschließung gewachte - sagen wir - zentrumsmäßige Zurückhaltung wird die Teile der deutschnationalen Wählergruppe in der Lage entscheiden, die von der Forderung der Landesverbände eine endgültige Zielsetzung, die in dem gegenwärtigen die Politik beherrschenden Fragen, also gegen den Sicherheitsrat und gegen die Sicherheitskonferenz erwartet haben. Wenn man auch den Grundbasi, von dem sich Graf Helldorf als letzter Vorsitzender der Reichstagsfraktion in Widerspruch an die Politik der Reichstagsleitung hat dem 29. August 1924 keine 'billige Uebereinstimmung' erzielt, wird nicht, daß nicht über die deutschnationale Entschließungen notwendig sind, sondern die Erziehung der von den Deutschnationalen proklamierten Ziele, so erklärt sich doch andererseits gerade aus dem vorangegangenen 29. August die Betrug der Wähler, daß sich jene Vorgänge nicht lösen könnten und die Erinnerung, über-über beruhigt zu werden."

„Mitgeteilt“, meint das Blatt weiter, „ist man in deutschnationalen Kreisen bereit, die Zustimmung zu dem Gang nach Lugern zu geben. Allerdings in der Auffassung, daß es sich bei dieser Zustimmung nicht um die Zustimmung, sondern um eine Mitunterzeichnung zur Abgrenzung der Programmatische, die zur Vorbereitung der eigentlichen Volkstretung handelt. ... Der Gang nach Lugern - auch wenn sich die Hoffnung der Deutschnationalen erfüllt und die Interessentuna richtig und mäßig ist, daß dort nur eine Ministerbesprechung zur Vorbereitung der Volkskonferenz, nicht aber die Volkskonferenz selbst stattfinden würde, nach unserer Auffassung den ersten, und zwar im höchsten Maße entscheidungsvollen, vielleicht nie wieder zu machenden Schritt des Abwärtens vom Wege bedeuten, den die Deutschnationale Volkspartei bisher zu gehen entschlossen ist, und der allein die, wie wir behaupten, die Entschlossenheit der Deutschnationalen auf dem Wege nach Versailles“ erklärt sie ihren Reizen, wie die Deutschnationalen wochenlang Verrat an ihren Wählern begangen haben, daß sie zu feige seien, offen auszusprechen, daß ihr Weg nach Versailles geht, und dann verläßt man: 'Die Roman und die Wähler', die bereit als einzige Partei in Deutschland im Kampf gegen den Verrat an der Nation. ... In Deutschland ist nur noch die kommunistische Partei antimilitaristisch und aus diesem Grunde, im besten Sinne des Wortes, auch national.“
Zu der Entschließung der Deutschnationalen schreibt die 'Germania': 'Die Verleumdung dieser Erklärung verbietet einen Preis für die Aufgabe, mit vielen Worten gar nichts zu sagen. Nach der Letztred dieser Erklärung ist man so schlau wie vorher. Sie ist ein Verlegenheitsprodukt, das einerseits die wilden Männer im

Das ist das neueste Del, mit dem die Räder des deutschnationalen Parteifahrers geschmiert und die aufgeregt Gemüter von Stahlblei und Eisenkreuz gefaßt werden. Es kehrt an dieser Stelle keiner Entschlossenheit, daß die deutschnationale Darstellung natürlich den Tatsachen diametral entgegenläuft. Die Ententeregierungen denken gar nicht daran, sich zu einer unerbittlichen Aussprache nach Lugern oder Locarno zu setzen. Die Ententeregierungen denken gar nicht daran, sich zu einer verbindlichen Aussprache zu führen. Und sie würden natürlich den Plan der Konferenz sofort aufgeben, wenn sie die Gewissheit hätten, daß die deutschnationalen Schwingende und innerparteiliche Betrugsmanöver der tatsächliche Gehalt der deutschen Außenpolitik und die wirkliche Absicht der deutschen Interaktion bei der Konferenz sind.

Natürlich sind die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, sowie der Reichspräsident Hindenburg mit dem Abschluß des Sicherheitsratpaktes einverstanden. Natürlich wird in der kommenden Kabinettsitzung die Teilnahme einmütig beschlossen, natürlich werden in Lugern oder Locarno verbindende Abmachungen getroffen, deren Aufhebung durch Reichstag und Reichspräsident auch in dem Bewußtsein der Deutschnationalen lediglich eine Formalität ist. Wenn die Deutschnationale Volkspartei darum heute mit einer neuen Spiegelfechtelerei aufwartet, so tut sie es in der Absicht, ihre Wählererschaft wieder hinter sich zu führen und sie solange im unklaren zu halten, bis eine jeitliche Preiszahlung die Stimmung für Versailles Nr. 3 in ausreichendem Maße vorbereitet hat.

Da in der gestrigen gestrigen Entschließung der deutschnationalen Parteiführer über den Charakter der Resolution nichts gesagt, dagegen lediglich die Einmütigkeit der Zustimmung betont, so gestatten wir uns die Bemerkung, daß die Einmütigkeit bei der Auffassung in der Betonung der Notwendigkeit bestanden hat, die deutsche Öffentlichkeit über die wahren Absichten der Deutschnationalen Volkspartei durch neue Methoden wieder auf einige Wochen hinter sich zu führen. Die Räder Deutschlands sind sich also einig darüber, daß sie die Nation im höheren Interesse des Vaterlandes weiter belügen wollen.

Inzwischen haben ganz überflüssigerweise Stresemanns Freunde mit dem Mitleid aus der Reichsregierung gedroht, falls die Deutschnationalen die Teilnahme an der Konferenz nicht billigen bzw. verweigern würden. Diese Drohung war unserer Auffassung nach vollkommen überflüssig, ja sogar unangebracht, denn sie setzt bei der Deutschnationalen Volkspartei voraus, daß sie in nationalen Fragen voraus, eine Eigenschaft, die man vergeblich bei dieser Partei finden wird. Die Drohung der Volkspartei ist aber nicht nur unangebracht, sondern auch gegen die Natur des Stresemann-Parteiexpres selbst gerichtet, der zweifellos auch im Falle eines

Haile und Sealkreis.

Salze, den 23. September 1925.

Sind die Beamtenforderungen berechtigt?

Von Mannern Deutschen Vorkommens wird uns geschrieben: Die Beamtenforderungen sind namentlich wieder beim Besetzungsmangel zu berücksichtigen...

Bei den letzten Arbeitstagen und der überaus geringen Bezahlung... Die Beamtenforderungen sind berechtigt...

Seit Juni 1924 sind die Gehälter einmal mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 angehöbert worden... Die Beamtenforderungen sind berechtigt...

Beim letzten staatlichen Besetzungsmangel sind Amtsgehalt... Die Beamtenforderungen sind berechtigt...

„Stahlhelm“ und „Rot Front“

Der Fall Ulbricht. - 6 Jahre 1 Monat Zuchthaus bestrahlt. Die rechtliche mit untern steten Mahnungen haben, politische Gegenseite nicht mit „Schlagener“ Beweisen auszulegen...

Das wahre Volkshaus.

Zahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschafts- und Volkshäuser Deutschlands.

Am Dienstagnachmittag fand im akademischen Saal des Volkshauses die zweite Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschafts- und Volkshäuser Deutschlands statt...

„Steuern, Gemeinnützigkeit und Aufwertung“ - wurden hierauf vom Berichterstatter Professor Oberstall (Lomburg) gemeinschaftlich behandelt. Der Referent besagte, daß von den in Deutschland vorhandenen 115 Gewerkschafts- und Volkshäusern nicht alle der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind...

Am zweiten Teil seines Referats, „Steuern, Gemeinnützigkeit und Aufwertung“, übergehend, gab der Berichterstatter an Hand von Beispielen eine gründliche Übersicht über die gesamte, für die Gewerkschafts- und Volkshäuser in Betracht kommende Steuer- und Abgabenverhältnisse...

Den Angelegten, ihn besonders auf Korn zu nehmen. Bei einer Bezahlung... Die Angelegten sind berechtigt...

Erhöhung des Brotgewichtes. Der Preßreife getreten mitgeteilt, daß es Dank der Arbeit der „Brotgewinnungsstelle“ gelungen ist, den Preis für ein 1800-Gramm-Brot auf 60 Pf. herabzusetzen...

„Annahme an Kindes Statt.“ Die der Antilope Kreisliche Preßredaktion mitteilt, ist nach einer allgemeinen Verfügung des Justizministeriums vom 27. August 1925 bei der Entscheidung über die Verweisung von Minderjährigen von der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses, daß der Geschwollene leibliche Minder nicht ge-... Die Angelegten sind berechtigt...

nicht zu setzen hätten. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich zur Aufklärung... Die Angelegten sind berechtigt...

„Arbeitsfähige Betriebsführung.“ Die Gewerkschafts- und Volkshäuser sollen die höchste Zentralstelle der Arbeiterbewegung sein. Darüber hinaus haben die Gewerkschaftshäuser und ihre Leitungen die Aufgabe, auch die... Die Angelegten sind berechtigt...

Veränderungen in der Anbaldeversicherung. Vom 23. September 1925 an gelten folgende Beitragssätze: Klasse I (wöchentlich Arbeitslohn bis zu 60 M.) 25 Pf. Klasse 2 (von mehr als 6 bis 12 M.) 50 Pf. Klasse 3 (von mehr als 12 bis 18 M.) 75 Pf. Klasse 4 (von mehr als 18 bis 24 M.) 100 Pf. Klasse 5 (von mehr als 24 bis 30 M.) 125 Pf. Klasse 6 (von mehr als 30 bis 40 M.) 150 Pf. Klasse 7 (von mehr als 40 bis 50 M.) 175 Pf. Klasse 8 (von mehr als 50 bis 60 M.) 200 Pf. Anbaldeversicherungsbeiträge für die Zeit vor dem 23. September 1925 sind vom 15. Oktober 1925 an nach den neuen Vorschriften zu entrichten.

Keine Wiederholung im Oktober. Der „Vorwärts“ teilt in seiner heutigen Morgenausgabe mit, daß in Preußen im Monat Oktober keine Wiederholung eintritt. Nach einem Beschluß der Reichsregierung wird bekanntlich bis zum 1. April kommenden Jahres die volle Friedensrente erreicht sein. Die Gegenfrist ist also nur kurz.

Eine Sammlung für Mansfeld. Vom Magistrat wird auf den einigen „Mitschläger“ angebrachten Kufruf des Sozialistischen Monatsheftes der Reichsregierung zur Sammlung von Geldmitteln und Lebensmitteln für die von der Inflationskatastrophe am 20. August betroffenen Bewohner des nördlichen Teiles des Mansfelder Beckens hingewiesen.

Weggenommene Eisenbahnstücke. In den letzten Wochen sind in wiederholten Fällen Eisenstücke, die nachts abgeholt, während der Fahrt verladen wurden. Die Täter ließen an bestimmten Stellen im unangelegenen Stetung die Hölzer nur langsam fahren, die Wagen, öffneten genäulich die Verfallschlösser und verpackten die Holz in die Wagen. Dann wurden sie sich verabschiedet, nicht aus, daß sie dann aus den Wagen waren. Später wurden sie die Hölzer von unangelegenen, vertrieben sie aus und ließen sie dann an anderer ab. Jetzt ist es gelungen, mehrere dieser Täter zu ermitteln und sie der Tat zu überführen. Wie meist in solchen Fällen haben auch hier die Täter den geringsten Vorteil aus ihren Streiftaten geholt, sie haben die getohlene Ware für geringes Entgelt an Käufer abgegeben. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ob es sich um handlungsunfähige Eisenbahnbedienstete, die aus Not zu diesen Vergehensweisen gezwungen waren, oder ob es sich um sogenannte Spezialisten handelt, geht aus uns von der Kriminalpolizei angelegten Meldung nicht hervor.

Bei der Leuchtgasbereitstellung, die in einem Saule am Friedrichsplatz erfolgte, handelt es sich nach den polizeilichen Feststellungen um einen freiwilligen Tod, den der in den letzten Jahren lebende Schenkenmeister G. geübt hat. Der Grund zu der Tat dürfte in Schenkenwirtschaft zu suchen sein. Der Verstorbenen hatte verhängnisvoll zu Bekannten geäußert, daß er am Todestage seiner Frau nicht mehr leben werde.

Von der Strafe. Am Dienstagnachmittag hießen in der Glauchener Straße zwei Radfahrer zusammen und kamen in zwei Wege erlitten Verletzungen. Die Verletzungen wurden in der Strafkammer ein Schlichter Schlichter von einem Verordnungsbeamten überführt. Der Junge erlitt erhebliche Verletzungen an der linken Kopfseite und wurde in die elterliche Wohnung getragen.

Zoologischer Wagnis. Die folgenden Erlebnisse lassen auch die Freunde des Zoo nachdenken. Am Sonntag erkrankte, daß die Tiere ihre Unterquartiere beziehen. Die Tiere haben in ihrer Lebensweise nicht an die Vogel, besonders die vertriebenen Entenarten, im laubstreuenden Gewande. Die Fische tragen ihr neues Gewand, um demnach in die Brunst zu treten. Der Aquariumbesitzer wird im Aquarium einige Neuzugänge antreffen.

Bericht über die Verteilung und Sinterung des Kongreß morgen abends im „Volkspart“

Reichsleiter sind die Genossen Petersdorf und Dr. Wackel. Kein Parteigenosse darf fehlen.

